

Konsequentes Bauverbot in Überschwemmungsgebieten



Bewegungsfreiheit für Flüchtlinge

Flüchtlinge können sich vom 1. Juli an erlaubnisfrei in Thüringen bewegen und sind nicht mehr auf die angrenzenden Bezirke beschränkt. Zum Beschluss des Landeskabinetts zur Lockerung der Residenzpflicht für Asylbewerber erklärte die flüchtlingspolitische Sprecherin der Linksfraction Sabine Berninger:

„Die Landesregierung setzt um, wofür Flüchtlinge, Flüchtlingsorganisationen und viele andere Unterstützer seit Jahren kämpften. Sich diesem Druck gebeugt zu haben, ist kein humanitärer Akt, sondern die – noch immer auf das Bundesland beschränkte – Selbstverständlichkeit, Flüchtlingen ihr Menschenrecht auf Bewegungsfreiheit nicht abzuerkennen. Nun muss auch die Residenzpflicht vollständig im Bundesgesetz gestrichen werden und die Landesregierung sollte dazu die Initiative ergreifen. Die Diskriminierung von Flüchtlingen hat viele Gesichter, nur eines davon ist die Einschränkung der Bewegungsfreiheit. Wer mit Floskeln auf eine neu errungene Willkommenskultur, die Thüringen gut zu Gesicht stehe, verweist, verkennt, dass es zu den zivilisatorischen Pflichten gehört, Menschen in Not aufzunehmen und ihnen die gleichen Rechte zuzugestehen, wie anderen hier lebenden Menschen. Dennoch: Die Abschaffung der Residenzpflicht innerhalb Thüringens, eine wichtige Forderung seit vielen Jahren, ist eine gute Nachricht.“ ■

Mit einem nationalen Aufbaufonds sollen die Folgen der Flutkatastrophe bewältigt werden, sagte die Thüringer Ministerpräsidentin am 20. Juni im Thüringer Landtag bei ihrer Regierungserklärung, die zusammen mit einem gemeinsamen Antrag aller fünf Fraktionen unter der Überschrift „Hochwasserschutz konsequent umsetzen“ beraten wurde.

Dabei hatte Christine Lieberknecht eine ehrliche Debatte gefordert und auch bekommen. Redner aller Parteien machten auf die Schwachstellen im Ri-

tentiellen Hochwassergebiet. So müsse man auch „über die Rückeroberung von Flussaueu miteinander ins Gespräch kommen“.

Ungeachtet dessen begrüße er die Initiative des Justizministers für eine Pflichtversicherung, auch wenn es für eine solche Versicherung natürlich Grenzen geben müsse. Aber sie sei notwendig, nachdem eine Pflichtversicherung für Elementarschäden „dem europäischen Deregulierungswahn zum Opfer gefallen“ sei.

Geredet werden müsse auch, so Bodo Ramelow weiter, über die Katastropheneinsatzplanung, die örtlichen Ver-

das Wort ergriffen hatte, forderte dieser: „Nun müssen den Worten auch Taten folgen.“

Wie bereits Bodo Ramelow hatte ebenso Tilo Kummer den Zustand der Talsperren und Rückhaltebecken in Thüringen kritisiert und gefordert, sie in „den technischen Stand zu versetzen, der optimalen Schutz gewährleisten kann“. Der Abgeordnete wies in dem Zusammenhang besonders auf die brisante Gefahrensituation an den Talsperren Weida und Zeulenroda hin.

Wer übernimmt dann die Verantwortung?

„Hier muss der Freistaat endlich die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen. Wer wird denn die Verantwortung für Schäden übernehmen, wenn sie tatsächlich einmal brechen sollte? Das Szenario möchte ich mir nicht vorstellen!“, sagte Tilo Kummer. Aktuell habe er erfahren, dass über europäische Strukturfondsmittel z. B. touristische Projekte an der Talsperre Zeulenroda bezuschusst würden. Andererseits sei die Forderung der LINKEN während der Haushaltsdiskussion nach einem Aufstocken der Mittel aus dem EFRE für wasserbauliche und weitere Umweltmaßnahmen ignoriert worden.

„Längst überfällig“ ist nach Überzeugung des umweltpolitischen Sprechers auch die Vorlage eines qualifizierten Wassergesetzes für Thüringen. Bisher hat die Landesregierung hierzu nur ein schlappes Vorschaltgesetz hinkommen. Er kündigte an: „Auf jeden Fall werden wir wieder besonders darauf achten, dass ein konsequentes Bauverbot in Überschwemmungsgebieten festgelegt wird. Bei der Novellierung des Gesetzes 2009 wurde dies noch abgelehnt.“ ■



Gemeinsam mit Landrätin Michaela Sojka hatten sich Abgeordnete der LINKEN (Bodo Ramelow, Birgit Klauert, Frank Tempel, Tilo Kummer) im Altenburger Land am 3. Juni über das Katastrophenmanagement informiert und den Einsatzkräften gedankt.

sikomanagement aufmerksam, die sich auch aus Fehlern und Versäumnissen nach dem Hochwasser im Jahr 2002 ergaben. Da sei „manches nicht konsequent zu Ende gebracht“ worden, sagte Bodo Ramelow. Der Vorsitzende der Linksfraction machte dies anhand von verschiedenen Beispielen sehr anschaulich deutlich und forderte mutige Schritte, denn es könne nicht so weitergehen mit der Flächenversiegelung oder mit der Bebauung von po-

antwortlichkeiten und die rasche Information der Bürger. Der LINKE Politiker verwies auf Sachsen, wo die Einwohner in den betroffenen Regionen per SMS benachrichtigt werden. Er schlug vor, dass in einigen Monaten eine erste Bilanz gezogen werden sollte: „Was ist gelungen, was nicht, und wo muss nachgebessert werden.“

Nach der Landtagsdebatte, in der auch für die Linksfraction deren umweltpolitische Sprecher, Tilo Kummer,

FRAKTION IN AKTION

Bildungsfreistellung

Die Vorlage des SPD-Entwurfs für ein Bildungsfreistellungsgesetz durch die LINKEN am 20. Juni im Landtag bringt Schwung in die Debatte. „Es war richtig, den Gesetzentwurf des Matschie-Ministeriums einzubringen. Wir haben erreicht, dass jetzt, wie es in einer Demokratie normal sein sollte, um die besten Lösungen im Parlament gestritten werden kann“, betonte MdL Susanne Hennig. Es sei „kein Zustand, dass seit Monaten über Bildungsfreistellung diskutiert wird, das Parlament aber außen vor bleibt“. Zumal ein Gesetzentwurf der Grünen zum selben Thema schon zwei Jahre auf die Landesregierung wartet. DIE LINKE unterstützt aktiv das mit dem Gesetzentwurf zu regelnde Arbeitnehmer-Recht, sich für Weiterbildungen bis zu fünf Tage freizustellen zu lassen, wie das in fast allen anderen Bundesländern schon heute möglich ist. ■

Stärkung des Landesrechnungshofs entscheidendes Kriterium

Vorstand und Haushaltspolitiker der Linksfraction haben am 18. Juni in Rudolstadt mit dem Kollegium des Landesrechnungshofs über notwendige Veränderungen im Landesrechnungshofgesetz ausführlich diskutiert. „Das entscheidende Kriterium ist die Stärkung des Rechnungshofs und seiner Unabhängigkeit“, betonte Fraktionsvorsitzender Bodo Ramelow beim Gespräch, an dem neben dem Rechnungshofpräsidenten auch der Vizepräsident und die Direktoren teilnahmen. Man habe in einem offenen und sehr sachlichen Gespräch über die Änderungen im Gesetz geredet und sich über strittige Fragen verständigt. „Uns war es wichtig, unsere Beweggründe für die Veränderung des bestehenden Gesetzes dem gesamten Kollegium des Rechnungshofs zu erläutern und auch deutlich zu machen, dass es uns nicht um ‚Disziplinierung‘ geht“, so Ramelow. Man war sich darin einig, dass für den Entwurf, so wie er jetzt im Landtag beraten wird, noch Änderungsbedarf besteht. Daher werden die Gespräche einerseits mit dem Rechnungshof und andererseits mit den Landtagsfraktionen fortgeführt.



„Die Handlungsfähigkeit des Rechnungshofs als Kollegialorgan muss sichergestellt sein. Wir werden uns dafür einsetzen, dass es im Rechnungshofgesetz Veränderungen geben wird, die in ihrer Intention von allen Beteiligten getragen werden“, sagte Ramelow. ■